

## **Es gilt das gesprochene Wort!**

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:  
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 18. September 2026

**Martin Habersaat**

### **Das hat die Westküste nicht verdient**

**TOP 33: Für eine gute Schulentwicklung an der Westküste (20/4281, 20/4566)**

"34,6 Prozent in Nordfriesland. 33,2 Prozent in Dithmarschen. 31,5 Prozent in Steinburg.

Das sind die Abiturquoten des Jahres 2024 – und zwar bereits einschließlich der Abschlüsse an den berufsbildenden Schulen.

Der Landesdurchschnitt liegt bei 39,6 Prozent.

Nun glaube ich nicht, dass junge Menschen an der Westküste weniger können als junge Menschen anderswo in Schleswig-Holstein. Und ich glaube auch nicht, dass sie weniger wollen.

Also sollten wir uns anschauen, ob sie überall die gleichen Chancen haben.

Und diese Idee ist nicht neu.

Schon Bildungsministerin Karin Prien hat 2022 bei der Vorstellung des Bildungsberichts gesagt, wir müssten uns anschauen, wie die Chancengerechtigkeit im Land auch mit Blick auf den Zugang zu unterschiedlichen Schulformen gewährleistet ist.

Die CDU selbst hat im Wahlkampf 2022 auf die Frage der GGG nach weiteren Oberstufen an Gemeinschaftsschulen festgestellt:

„Es fällt auf, dass es insbesondere an der Westküste weniger Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe gibt, als anderswo im Lande.“

Und schließlich haben CDU und Grüne das Problem sogar in ihrem Koalitionsvertrag aufgegriffen. Dort heißt es ausdrücklich, man wolle auf Grundlage des Bildungsberichts gemeinsam mit den Schulträgern an der Westküste über eine „ausgewogene regionale Verteilung von Schulangeboten und allen Abschlussoptionen“ sprechen.

Das war 2022.

Jetzt haben wir 2026.

Ein Jahr vor Ende dieser Legislaturperiode darf man doch einmal fragen: Was ist aus diesen Gesprächen geworden?

Was wurde konkret verändert?

Wo wurden Schulangebote verbessert?

Wo wurden Wege zum Abitur kürzer?

Welche zusätzlichen Abschlussmöglichkeiten sind entstanden?

Und was ist Ihre Strategie für die Westküste?

Genau darum geht es in unserem Antrag.

Und dann legen CDU und Grüne einen Alternativantrag vor.

Darin steht:

„Schulentwicklung ist von landesweiter Bedeutung.“

Ja. Natürlich.

Und weiter heißt es, man müsse „landesweit besondere Bedarfe in unterschiedlichen Regionen gemäß ihrer Sozialstruktur berücksichtigen“.

Da frage ich mich wirklich: Was soll uns das an dieser Stelle sagen?

Ist die Sozialstruktur in Dithmarschen jetzt wirklich ein Argument dafür, dort keine Gemeinschaftsschule mit Oberstufe zu ermöglichen?

Ist die Sozialstruktur in Nordfriesland ein Grund dafür, dass Schülerinnen und Schüler längere Wege in Kauf nehmen sollen?

Oder wäre es nicht genau andersherum?

Wenn soziale Herkunft Bildungschancen beeinflusst, dann muss die öffentliche Hand doch dafür sorgen, dass das Bildungsangebot diese Unterschiede ausgleicht – und nicht auch noch verstärkt.

Und dann folgt in Ihrem Antrag eine beeindruckende Aufzählung von Maßnahmen.

Lehrkräftegewinnung.

Übernachungskosten im Praxissemester.

Der Masterplan Berufliche Bildung.

Das Startchancenprogramm des Bundes.

Alles Themen, über die man reden kann.

Aber sie beantworten die Frage unseres Antrags nicht.

Nicht eine einzige dieser Maßnahmen schafft eine zusätzliche Oberstufe an der Westküste. Nicht eine einzige verkürzt den Weg zum Abitur.

Lediglich ein Punkt Ihres Antrags hat unmittelbar mit unserem Thema zu tun: die Kooperation von Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit Schulen, die eine Oberstufe haben.

Aber auch da stellt sich die Frage: Was wollen Sie eigentlich konkret verbessern?

Wir hatten gerade im Bildungsausschuss eine ausführliche Anhörung zur Situation der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe. Dort wurde auf ein ganz konkretes Problem hingewiesen: Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe sind die einzige weiterführende Schulart, die ihre eigenen Schülerinnen und Schüler nicht selbst in eine Oberstufe versetzen kann.

Wenn Sie jetzt also die Kooperation als Antwort präsentieren, dann sagen Sie uns bitte: Was haben Sie an dieser Stelle verbessert?

Welche Übergänge haben Sie verbindlicher gemacht?

Welche konkreten Hindernisse haben Sie beseitigt?

Und vor allem: Wie löst eine Kooperationsvereinbarung das Problem langer Wege und fehlender Oberstufenangebote?

Meine Damen und Herren,  
wir behaupten nicht, dass jede Gemeinschaftsschule an der Westküste morgen eine eigene Oberstufe bekommen muss.

Wir sagen auch nicht, dass man bestehende Gymnasien oder berufliche Gymnasien schwächen soll.

Wir sagen etwas viel Einfacheres:

Der Wohnort eines jungen Menschen darf nicht darüber entscheiden, wie leicht oder wie schwer der Weg zum Abitur ist.

Sie haben Gespräche angekündigt.

Sie haben eine ausgewogene regionale Verteilung aller Abschlussoptionen angekündigt.

Wir wollen wissen, wie Sie sie erreichen wollen.

Und die jungen Menschen an der Westküste haben einen Anspruch darauf, dass aus einem Satz im Koalitionsvertrag irgendwann konkrete Bildungspolitik wird.

Vier Jahre Gespräch sind genug. Jetzt braucht die Westküste Ergebnisse. Einfach das Thema wechseln und nichts tun - das hat die Westküste nicht verdient."